

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juni 2013



Handelsstreit um Solaranlagen

Anfang Juni hat die Europäische Kommission Strafzölle auf chinesische Solaranlagen eingeführt. Begründung der Schutzmaßnahme: Da chinesische Hersteller Solarpanels zu Dumpingpreisen, also unter Herstellungskosten, in Europa verkaufen, sind europäische Anbieter nicht mehr konkurrenzfähig und hiesige Arbeitsplätze in Gefahr. China hat auf die – nach eigener Sicht unbegründeten – Maßnahmen bereits reagiert und ein Anti-Dumping-Verfahren gegen subventionierte europäische Winzer gestartet.

Die Solarindustrie ist nicht nur in China, sondern auch in Europa ein öffentlich gepöppelter Industriezweig. Der Disput macht einmal mehr deutlich, dass auch die aktuelle Handelspolitik nicht frei von überkommenen merkantilistischen Denkmustern ist: Heimische Unternehmen werden geschützt und subventionierte Unternehmen anderer Länder mit Zöllen bestraft.

Dabei gerät leicht die „Betrachtung der gesamten Wertschöpfungskette“ aus dem Blick: Laut Stephan Kohler, Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur, wird rund die Hälfte der chinesischen Solarpanels mit Maschinen „made in Germany“ produziert. Die Strafmaßnahme fällt demnach auf diese – exportorientierten – Maschinenbau-Unternehmen zurück. Zudem erhöhen Zölle die Preise für Solaranlagen in Europa, was weder im Sinne der Verbraucher noch der Energiewende sein kann.

Die verhängten Strafzölle sollen erst nach zwei Monaten die volle Höhe erreichen, um den Verhandlungen mit China die nötige Zeit für eine einvernehmliche Lösung mit dem Ziel „faire Rahmenbedingungen“ – so EU-Handelskommissar Karel De Gucht – einzuräumen. Ein Handelsstreit mit gegenseitigen Strafzöllen zum Schutz der eigenen Wirtschaft ist in niemandes Interesse und widerspricht der Sozialen Marktwirtschaft: Zum einen gerät der Verbraucher als Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik aus dem Blick; zum anderen sinkt die – auf Innovationen und Unternehmerngeist beruhende – Wettbewerbskraft eingeehter und vor Konkurrenz geschützter Firmen.

Lars Vogel

Waschen, schneiden, löhnen

Die Tarifgemeinschaft der Landesinnungsverbände im Friseurhandwerk hat sich mit der Gewerkschaft ver.di Ende April auf einen länderübergreifenden Tarifvertrag über Mindestentgelte geeinigt. Die künftig bundesweit geltende Vereinbarung sieht eine dreistufige Regelung vor, die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen in den west- und ostdeutschen Bundesländern Rechnung tragen soll. Bis zum 1. August 2015 wird eine einheitliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro festgelegt. Bereits bestehende regionale Tarifverträge mit höheren Mindestlöhnen bleiben davon unberührt.

Die neu vereinbarte Lohnuntergrenze verlangt in einigen Bundesländern deutliche Lohnanpassungen. Da der Lohn etwa die Hälfte der Kosten im Friseurhandwerk ausmacht, wird dies auch Auswirkungen auf die Preisgestaltung haben: Die Kunden sollten mit steigenden Preisen rechnen.

Der Tarifvertrag soll im Juni unterzeichnet werden. Er garantiert in der aktuellen Form keinen einheitlichen, bundesweiten Mindestlohn für alle Friseure: Noch gilt er nur für Mitarbeiter von Innungsbetrieben, die Gewerkschaftsmitglied sind. In den kommenden Monaten soll allerdings beim Bundesarbeitsministeri-

um ein Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags gestellt werden, sodass nachfolgend sämtliche im Friseurhandwerk Beschäftigten von den tariflichen Regelungen erfasst werden.

<http://goo.gl/1ojqc>

Beschäftigte und Arbeitsstunden

Im ersten Quartal 2013 hatten laut Statistischem Bundesamt rund 41,5 Millionen Menschen ihren Arbeitsort in Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 293 000 Personen (0,7 Prozent). Im Vergleich zum vierten Quartal 2012 sank die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2013 um 518 000 Personen. Den Statistikern zufolge ist eine Abnahme der Erwerbstätigkeit im ersten Quartal eines Jahres üblich.

Die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen sank nach vorläufigen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum ersten Quartal 2012 um 2,3 Prozent auf 355 Stunden. Maßgeblichen Anteil daran hatte die geringere Anzahl an Arbeitstagen im Vergleich zum Vorjahresquartal. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – also das Produkt aus der Zahl der Erwerbstätigen und den geleisteten Stunden je

Erwerbstätigen – verminderte sich gegenüber dem ersten Quartal 2012 um 1,6 Prozent auf rund 14,7 Milliarden Arbeitsstunden.

<http://goo.gl/kxTPf>

Wohnungsprivatisierungen

Als Grund für mangelnden Wohnraum wird häufig der Handel mit Immobilien durch sogenannte Finanzinvestoren genannt. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat einschließlich des ersten Halbjahres 2012 systematisch Transaktionen mit über 800 Wohnungen erhoben, unabhängig davon, ob ein Finanzinvestor beteiligt war. Danach wurden im ersten Halbjahr 2012 insgesamt zwölf große Wohnungstransaktionen durchgeführt. Von den zwölf Transaktionen waren zehn Wiederverkäufe und zwei Erstverkäufe. Bei den beiden Erstverkäufen handelte es sich um den Verkauf von bislang durch Landesbanken gehaltene Immobilienlötcher; die EU-Kommission hatte dies im Zusammenhang mit der Genehmigung von staatlichen Beihilfen zur Auflage gemacht.

Internationale Finanzinvestoren kauften in der ersten Jahreshälfte 2012 rund 45 000 Wohnungen; das entspricht einem Anteil von 37 Prozent an allen gehandelten Wohnungen. Auf Verkäuferseite lag der Anteil der internationalen Investoren bei etwa 61 Prozent (rund 73 000 Wohnungen). Für den Zeitraum seit Anfang Juli 2012 liegen der Bundesregierung keine Erhebungen über Wohnungsverkäufe vor.

Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12950

Und täglich grüßt der Mindestlohn

CDU und CSU wollen ihn, die FDP seit ihrem Sonderparteitag Anfang Mai auch, die SPD selbstverständlich, und Die Linke sowieso: Der Mindestlohn steht – pünktlich zum Wahlkampf? – wieder einmal im Rampenlicht.

Anfang März stimmte der Bundesrat für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Arbeitsstunde. Der Mindestlohn soll nach Willen der Länderkammer flächendeckend in ganz Deutschland gelten. Diese Bundesratsinitiative müsste, um Rechtskraft zu erlangen, vom Deutschen Bundestag beschlossen werden. Allerdings rechnet kaum jemand damit, dass diesem Gesetzesentwurf im Parlament zugestimmt wird. Uneinig sind die politischen Akteure vor allem darüber, nach welchen Maßgaben der Mindestlohn festgelegt werden soll: Die einen fordern einen gesetzlich festgelegten, einheitlichen Mindestlohn (SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen). Die anderen wollen die Lohnhöhe vorrangig den Tarifparteien überlassen und nur dort, wo keine Tarifverträge gelten, von staatlicher Seite eingreifen. Deshalb sprechen CDU/CSU und FDP auch lieber von „Lohnuntergrenzen“ statt vom Mindestlohn.

Politischer Wunsch: Mindestlohn

Grundsätzlich einig scheint man sich über die Parteigrenzen hinweg zu sein, dass ein Mindestlohn überhaupt notwendig ist: In Deutschland vollzeitbeschäftigte Menschen sollen ein existenzsi-

cherndes Einkommen verdienen, das ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht – so oder ähnlich lautet in den diversen Plädoyers das Argument für einen Mindestlohn. Dass derzeit diese Situation nicht gegeben ist, wird vor allem am Ausbau des Niedriglohnssektors im Zuge der Hartz-Reformen festgemacht.

Die Zahl der offiziell gezählten Erwerbslosen ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und lag laut Bundesagentur für Arbeit im Mai 2012 bei 2,9 Millionen. Zugleich ist die Zahl der Erwerbstätigen gestiegen: 41,5 Millionen zählte das Statistische Bundesamt, ein Rekordniveau. Allerdings stieg in den vergangenen Jahren auch die sogenannte atypische Beschäftigung – Teilzeitarbeit, befristete und geringfügig Beschäftigung, Leih- und Zeitarbeit –, und zwar von rund sechs Millionen im Jahr 2004 auf inzwischen fast acht Millionen. Und die Zahl der Erwerbstätigen, deren Einkommen nicht für den Lebensunterhalt reicht und die deswegen zusätzlich auf Arbeitslosengeld II – umgangssprachlich als „Hartz IV“ bekannt – angewiesen sind, liegt seit 2008 bei mehr als 1,3 Millionen. Immerhin 570 000 dieser sogenannten Aufstocker hatten einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz.

Aktuelle Mindestlöhne in Deutschland

Gesetzliche Mindestlöhne gehören in vielen Ländern zum arbeitsmarktpolitischen Instrumentarium. Es gibt sie in 20 von 27 Ländern der Europäischen Union sowie in Australien, Kanada, den USA und Japan. In Deutschland gibt es keinen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn für alle Arbeitnehmer, sondern verschiedene Formen mit unterschiedlicher Reichweite und Verbindlichkeit:

■ In Tarifverträgen vereinbarte Löhne und Gehälter sind Mindestvergütungen, jedoch nur für Mitglieder der vertragschließenden Tarifparteien, also der Gewerkschaft und des unterzeichnenden Arbeitgeberverbandes oder des Unternehmens. Dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung zufolge gilt für die Hälfte aller Beschäftigten ein Tarifvertrag.

■ In einigen Branchen sind die tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter vom Bundes- oder Landesminister für Allgemeinverbindlich erklärt worden und gelten deshalb auch für nicht tarifgebundene Arbeitgeber der jeweiligen Branche. Es gibt sie in regionalen Tarifbereichen, zum Beispiel für das Wach- und Sicherheitsgewerbe. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlicht vierteljährlich ein



„Der Tatbestand der Sozialen Marktwirtschaft ist nur dann als voll erfüllt anzusehen, wenn entsprechend der wachsenden Produktivität zugleich Preissenkungen wirksam und damit echte Reallohnsteigerungen möglich werden.“

Ludwig Erhard

Verzeichnis mit den allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen.

■ Für den Bereich Leih- und Zeitarbeit existiert ein abgeschlossener Mindestlohtarifvertrag. Er legt die Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) verbindlich für alle Betriebe der Branche fest.

■ In zwölf Wirtschaftszweigen gibt es tarifliche Mindestlöhne, die nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Sie erfassen alle Betriebe, auch ausländische, die Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigen.

Es ist also nicht so, als gäbe es derzeit keine Mindestlöhne in Deutschland: Von der Abfallwirtschaft bis zum Wäschereigewerbe sind zurzeit zwölf Branchen-Mindestlöhne gültig, bis 2015 wird eine weitere Vereinbarung für das Friseurhandwerk in Kraft gesetzt. Die aktuell vereinbarten Mindestlöhne reichen von sieben Euro für das Wäschereigewerbe bis zu 13,70 Euro im Bauhauptgewerbe. Das Manko für viele Politiker: Es gibt eben keinen einheitlichen, für alle geltenden gesetzlichen Mindestlohn.

Abhängigkeit von Löhnen und Produktivität

Was in einer Marktwirtschaft für den Arbeitnehmer der Lohn ist, ist für den Arbeitgeber ein Kostenfaktor: Arbeit als Produktionsfaktor konkurriert mit anderen Produktionsfaktoren. Sind die Kosten des Faktors Arbeit zu hoch, werden Unternehmen früher oder später gezwungen sein, sie durch günstigere

Produktionsfaktoren zu ersetzen. Sie können rationalisieren oder den Betrieb ins Ausland verlagern. Sollte der Lohn die Produktivität, die durch die Arbeit des Einzelnen erbracht wird, übersteigen, steht für ein Unternehmen im schlimmsten Fall die Pleite an. Lohnabschlüsse können die Produktivität also nicht außen vor lassen.

Des Weiteren hängt der Preis der erzeugten Güter und Dienstleistungen auch von der Zahlungsbereitschaft der Kunden ab. Die Verbraucher müssen entscheiden, was sie für Pflege, Gebäudereinigung, Haarschnitt und anderes mehr auszugeben bereit sind. Ein Mindestlohn kann Preissteigerungen zur Folge haben – „Geiz ist geil“ und „Schnäppchensuche“ fallen dann aus.

Damit steht die Frage nach dem „richtigen“ Mindestlohn im Raum: Wie hoch soll bzw. darf er sein, damit keine Arbeitsplätze in Gefahr geraten? Sicher ist: Das Risiko steigt mit der Lohnhöhe. Eine Untergrenze von 8,50 Euro je Stunde – wie beispielsweise vom Bundesrat beschlossen – würde für einfache Arbeiten in den neuen Ländern in mancher Branche Lohnkos-

tensteigerungen von 50 Prozent und mehr verursachen. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung formuliert die Gefahr folgendermaßen: „Dem Arbeitslosen nützt ein Mindestlohn nichts, wenn es bei dieser Entlohnung kaum Arbeitsplätze gibt, er bliebe der Verlierer.“ Momentan arbeiten zwei Drittel der Aufstocker im Westen für einen Stundenlohn von weniger als 7,50 Euro, im Osten sind es sogar 85 Prozent.

Sind Arbeitnehmer schutzlos?

Auch ohne gesetzlich fixierten Mindestlohn sind Arbeitnehmer in Deutschland weder der Ausbeutung noch dem „Lohndumping“ schutzlos ausgeliefert. Rechtsgeschäfte sind nichtig, wenn sie gegen „gute Sitten“ und „gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden“ verstoßen. So steht es im Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 138 BGB); so sehen es die deutschen Bundesgerichte. Was das für die Lohnhöhe heißt, hat das Bundesarbeitsgericht festgelegt: Eine Bezahlung gilt als sittenwidrig, wenn sie zwei Drittel eines in

der betreffenden Branche und Region üblicherweise gezahlten Lohns nicht erreicht.

Um angemessene Löhne auszuhandeln, gibt es Gewerkschaften sowie die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie. Solange nicht geklärt wird, warum diese Autonomie für bestimmte Branchen nicht mehr greift, besteht die Gefahr, die Tarifautonomie in den betroffenen Bereichen ungewollt außer Kraft zu setzen – weil den Arbeitnehmern momentan vielleicht die Möglichkeit fehlt, ihre Arbeitsbedingungen durch aktives solidarisches Handeln eigenständig zu beeinflussen. Für gesetzliche Mindestlöhne plädieren heißt, man misstraut der Tarifautonomie.

Nur Vater Staat kann helfen?

Ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn bedeutet die Institutionalisierung der Lohnfindung unter staatlicher Regie. Damit würde ein weiteres Feld in staatliche Obhut gegeben, mit Kommissionen, Arbeitsgruppen, Bürokratie und allem, was staatliches Handeln ausmacht. Die Erfahrung zeigt: Beginnt der Staat, einzelnen Gruppen Privilegien zu gewähren, wird eine Interventionsspirale in Gang gesetzt. Immer mehr Gruppen fordern staatliches Eingreifen für ihre Belange. Wenn es das Ziel ist, die Reallöhne zu steigern, könnte das Rezept ja auch lauten: Freiheit fördern und alles Verteuernde und Verzerrende vermeiden und abbauen.

Andreas Schirmer

Branchen-Mindestlöhne in Deutschland		
in Euro je Stunde	West	Ost
Wäschereigewerbe	8,00	7,00
Pflegebranche	8,75	7,75
Elektrohandwerk	9,90	8,85
Gerüstbauerhandwerk	10,00	10,00
Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk	11,00	10,13
Dachdeckerhandwerk	11,20	11,20
Berufliche Aus- und Weiterbildung	12,60	11,25

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Frühjahr 2013



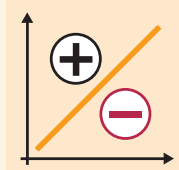
„Wir sind irgendwo in der Falle des Erfolgs. Wir haben ganz hohe Erwerbstätigkeit, ganz hohe sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Und eine Arbeitslosigkeit aktuell unter drei Millionen. Von diesen guten Zahlen ist einfach keine Steigerung mehr zu erwarten.“

Frank Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit

IM KLARTEXT

Jun 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juni 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die offiziell gemeldete Zahl der Menschen ohne Arbeit ist im Mai im Vergleich zum Vormonat gesunken; 2,9 Millionen Arbeitslose zählten die Statistiker der Bundesagentur für Arbeit (BA). Gegenüber dem Vorjahresmonat musste die BA dagegen einen Anstieg melden: Im Mai 2013 sind 82 000 Menschen mehr ohne Arbeit gewesen als im Mai 2012.

Laut BA war in erster Linie das schlechte Wetter im April schuld: Darunter habe vor allem die Beschäftigung am Bau

gelitten. Zudem habe es in den ersten drei Monaten des Jahres praktisch kein Wirtschaftswachstum gegeben. Laut BA gebe es aktuell aber viele Hinweise, dass sich die Binnenwirtschaft gut entwickle, sich der Investitionsstau in Deutschland auflöse und die Exportwirtschaft gut laufe.

Eigenverantwortung

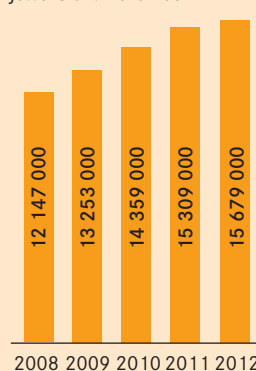


Die Riester-Rente verliert an Vertrauen. Rund 20 Prozent der Sparer haben seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 bestehende Verträge gekündigt, Beiträge gekürzt oder Verträge ruhend gestellt. Berichte über die Ineffizienz mancher Riester-Verträge dürften diesen Trend begünstigt haben.

Eine Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach (Ende 2012) belegt die Skepsis: Danach beurteilten im Jahr 2008 rund 45 Prozent der Berufstätigen unter 30 Jahren die Riester-Rente als „ideale Form der Alterssicherung“. Zwei Jahre später stimmten nur noch 26 Prozent der Befragten dieser Formulierung zu. Die Absicht, einen Riester-

Riester-Verträge

jeweils 31. Dezember



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Vertrag abzuschließen, bekräftigten 2008 noch 23 Prozent dieser Berufsgruppe; 2010 waren es nur noch neun Prozent. Lag die Anzahl der Riester-Neuverträge im Jahr 2011 noch bei rund einer Million, verzeichneten die Anbieter im Jahr 2012 lediglich 370 000 Neuabschlüsse; der größte Anteil – rund 230 000 Verträge – entfiel dabei auf das sogenannte Wohn-Riester.

Geldwertstabilität



Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Mai 2013 um 1,5 Prozent ge-

genüber dem Vorjahresmonat erhöht. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lag der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln mit 5,4 Prozent deutlich über der Gesamtteuerung und war die Hauptursache für die Erhöhung.

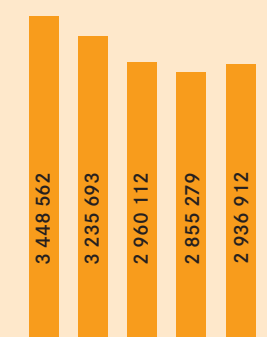
Der Preisanstieg ist stärker ausgefallen als erwartet: Ökonomen hatten im Vorfeld der Datenerhebung mit einer Rate von 1,3 Prozent gerechnet. Von den Preisen werden nach Überzeugung der Deutschen Bundesbank in den kommenden Jahren keine Gefahren für die Konjunktur ausgehen. Die Verbraucherpreise würden auch wegen sinkender Rohölpreise weiterhin unter der Warnschwelle der Europäischen Zentralbank von „nahe, aber unter zwei Prozent“ verharren.

Verbraucherpreise 2013

Änderung zum Vorjahr	
Januar	1,7 %
Februar	1,5 %
März	1,4 %
April	1,2 %
Mai	1,5 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitslose



jeweils Mai

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: Bundesagentur für Arbeit
 Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard